Ausgabe 2/2018

JULIMAGAZIN

Die Grundlage für generationsgerechte Politik:
Eine stabile Haushaltspolitik

"One Belt to rule them All"
Was ist OBOR und welche Ziele verfolgt China?

Doppelte Bildungs-Rendite:
Wie wir die Ideen-Kachexie der GroKo überwinden können

YesPhotographers / photocase.de

thinkliberal.de

Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Sparen Sie bei Bestellungen 5 % * mit folgendem Code: julimagazin12018

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation | Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237 | info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

* pro Kunde nur eine Einlösung möglich. Gültig bei Bestellungen bis zur Veröffentlichung des folgenden Mitgliedermagazins.

Benita Henning

Chefredakteurin

Liebe JuLis,

auf dem vergangenen Landeskongress in Kamen wurde nicht nur ein neuer Landesvorstand gewählt, sondern auch leidenschaftlich über das Thema Generationengerechtigkeit diskutiert. Und genau damit beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe des Julimagazins! Was genau bedeutet Generationengerechtigkeit für dich? Und wie genau können wir diese erreichen? Ralf hat sich beispielsweise mit einer gerechten Haushaltspolitik für nachkommende Generationen auseinandergesetzt. Lennards Artikel handelt von einer gerechten Bildungspolitik. Aber lies doch einfach selbst nach!

Heute schon an morgen denken – mit den liberalen Antworten auf eine alternde Gesellschaft hat sich Marc befasst. Alexander hat ein programmatisches Resümee des 90. Landeskongresses in Kamen verfasst und Isabel hat sich kritisch mit dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung auseinandergesetzt. Natürlich gibt es auch in dieser Ausgabe wieder eine Pressepinnwand mit Mitteilungen der JuLis aus ganz Nordrhein-Westfalen.

Und jetzt: Viel Spaß bei der Lektüre!

Eure

junge liberale
Nordrhein-Westfalen

THEMEN

1. Heute schon an morgen denken!
2. Die Grundlage für generationsgerechte Politik
3. Der neue Haushaltsentwurf der Bundesregierung - Generationengerechtigkeit geht anders
4. Generationsgerechtigkeit - Liberale Ausgabenpolitik revisited
5. Umweltschutz is nicht zukunftsweisend
6. Doppelte Bildungs-Rendite Wie wir die Ideen-Kachexie der GroKo überwinden können
7. "One Belt to rule them All"
8. Schwächen und Chancen eines Generationenvertrags im Sozialstaat
9. LaKo 90 in Kamen
10. Pressepinnwand

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.

Benita Henning
(benita.henning@julis-nrw.de)

REDAKTION
Niklas Adams, Martin Bangard, Marc Bauer, Léon Beck, Cornelia Besser, David Best, Franziska Brandmann, Raoul Brattig, Constantin Borges, Miriam Clemens, Paavo Czwikla, Christina Dumstorff, Patrick Guidato, Ralf Keller, Maximilian Kemler, Christian Kieschnick, Isabel Clara Kraemer, Lennard Kroll, Ida Pennekamp, Friedrike Rademacher, Claudius Nikolaus Rosenthal, Eric Scheuerle, Philipp Schmitz, Elias Sen, Henrik Stachowicz, Alexander Steffen, Jens Teutrine, Jasmin Winz

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS

photocase.com

GESTALTUNG

BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

DRUCK

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Heute schon an morgen denken!

“Die Alterung der Gesellschaft wird eines der großen Themen der nächsten Jahrzehnte. Schaffen wir heute schon die liberalen Antworten!”

Marc Bauer (23) studiert Jura im 10. Semester und ist stellvertretender Leiter des Bundesarbeitskreises Wirtschaft, Energie und Finanzen. Ihr erreicht ihn unter marc.bauer@julis.de

Alternativen für die alternde Gesellschaft

Die gute Nachricht zuerst: Wir leben immer länger, und wir können das Leben oft noch ins hohe Alter genießen. Die schlechte Nachricht ist: Unser Sozialstaat ist darauf nicht vorbereitet, weder die Renten- noch die Kranken- und erst recht nicht Pflegeversicherung. Während der Pflegenotstand zum alltäglichen Schlagwort geworden ist, flüchtet sich die GroKo in Heimatmuseen und Mütterrenten. Die sprudelnden Steuereinnahmen und historisch niedrigen Zinsen auf Staatsschulden verleiten die Regierung dazu, sich auf dem Erreichten auszuruhen und Probleme mit Geld zuzudecken, statt sie anzugehen. Die Quittung werden die kommenden Generationen bekommen, wenn der Staat auf einmal drastisch seine (Sozial-)Leistungen kürzen muss – und die Steuer- und Abgabenlast weiter erhöhen wird. Ist es nicht ein Armutszeugnis, dass die Bundesregierung trotz bester Voraussetzungen weder die Bürger entlasten, noch Schulden tilgen, noch angemessen in die Zukunft investieren kann? Wie soll die GroKo haushalten, wenn die Konjunktur wieder schlechter wird? Wie wird der heute schon überlastete Sozialstaat erst in Krisenzeiten finanziert? Die aktuelle Lage wäre der beste Zeitpunkt, um die Sozialsysteme grundlegend zu reformieren. Sie führen zu einer einseitigen Belastung der nachfolgenden Generationen, und schaffen es schon jetzt kaum noch, Menschen im Alter eine würdevolle Versorgung zuteilwerden zu lassen. Hier ist es an uns Liberalen – denen ja gerne vorgeworfen wird, gar keine Sozialpolitik machen zu wollen –, innovative Ansätze zu entwickeln.

Photo Credits: PolaRocket / photocase.com

Was sich ändern muss

Renten- und Pflegeversicherung funktionieren nach dem Umlageprinzip. Jeder Beitragszahler finanziert die Leistungen für die heutigen Rentner und Pflegebedürftigen, um dann selbst von den kommenden Generationen versorgt zu werden. Das ist aus zwei Gründen problematisch: Zum einen führt das in einer Gesellschaft mit niedriger Geburtenrate und steigender Lebenserwartung zu einer strukturellen Benachteiligung der jeweils jüngeren Generationen, zum anderen werden große Teile des Einkommens der Arbeitnehmer gebunden, ohne dass dieses verzinst würde. Ein kapitalgedecktes Modell würde es dagegen dem Einzelnen ermöglichen, seine Altersversorgung durch Zinsen (und Zinseszinsen!) und Renditen sowie durch Wertsteigerungen von Wertpapieren zu erhöhen. Die Julis NRW haben sich deshalb zurecht dafür ausgesprochen, langfristig aus dem Umlagesystem auszusteigen, um der privaten Altersversorgung mehr Raum zu lassen. Wichtig sind hierbei insbesondere die erweiterten Möglichkeiten, in Aktien und andere renditestarke Anlagen zu investieren.

Denn entgegen weitverbreiteter Ängste sind Aktien langfristig (und darum geht es ja bei Altersvorsorge) eindeutig empfehlenswerte Geldanlagen, da Rendite und Wertsteigerung die klassischer Sparprodukte übersteigen und die viel beschworenen Risiken sich bei langer Anlagedauer und angemessener Streuung stark reduzieren.

Die Deutschen sind bei der Geldanlage übervorsichtig. Sie legen große Teile in Sparbüchern oder Tagesgeldkonten an, die nicht mal mehr die Inflation decken. An den Wertsteigerungen deutscher Unternehmen profitieren sie kaum, die Aktienscheu der Deutschen führt dazu, dass deutsche Unternehmen besonders stark auf große Investoren angewiesen sind. Irrationale Ängste zu bekämpfen, ist auch einer der Gründe, warum ein Schulfach Wirtschaft so wichtig ist. Wenn wir es schaffen, die privaten Vermögen deutlich stärker als bisher zur Altersvorsorge zu mobilisieren, sinkt auch der Druck auf staatliche Sozialleistungen, erhöht sich der Wohlstand und entschärft sich das Problem der Altersarmut.

Die 20.000-Euro-Frage

Reicht die Umstellung auf private Vorsorge aus? Oder braucht es vielleicht ein ganz neues Modell? Gegenwärtig wird ein umgekehrter Generationenvertrag diskutiert: Dabei bekommt jedes Neugeborene vom Staat ein Startkapital (die Julis Niedersachen fordern 20.000 Euro), das dann im Laufe des Lebens bis zum (flexiblen) Renteneintritt nach bestimmten Kriterien angelegt wird. Das System trägt sich nach einer gewissen Zeit von selbst, da das Startkapital im Laufe des Erwerbslebens zurückgezahlt wird und Abgaben auf die im Laufe der Zeit beträchtlichen Wertzuwächse anfallen. Eine interessante Möglichkeit, bei der noch die Umstellungsphase und anfängliche Finanzierung zu klären sein werden.

Nudge mich (nicht)!

Menschen verhalten sich nicht immer rational. Verhaltenspsychologie und Verhaltensökonomie zeigen auf, dass man auch ohne direkten Zwang Menschen in eine bestimmte Richtung lenken kann. So neigen viele dazu, sich zu einer Frage nicht aktiv zu äußern. Das von den Julis NRW beschlossene Opt-out-Modell für die private und betriebliche Rente führt im Endeffekt dazu, dass deutlich mehr Menschen diese Formen der Altersversorgung nutzen, als wenn der Bürger aktiv einer solchen Versicherung zustimmen müsste (Opt-in-Modell). Die Art, wie Informationsschreiben zum Stand der Rentenansprüche oder wie das von uns geforderte digitale Vorsorgekonto ausgestaltet werden (grafische Hervorhebung von Versorgungslücken?), beeinflusst die Empfänger darin, ob sie für sich zusätzlichen Handlungsbedarf sehen. Die Platzierung von gesundem und ungesundem Essen in der Schulkantine beeinflusst das Essverhalten der Schüler.

Solche Methoden sind aus liberaler Sicht höchst ambivalent. Einerseits sind sie mildere Mittel gegenüber anderen denkbaren Maßnahmen, weil sie dem Individuum noch eine freie Entscheidung lassen (anders bei einer staatlichen Pflichtversicherung oder einem Verbot von ungesundem Essen), andererseits agiert der Staat nicht offen, sondern manipulativ, in dem Glauben, die Menschen wüssten nicht so gut wie der Staat, was gut für sie ist. Hier wird man zu differenzieren haben: Ist Nudging ein milderes oder billigeres Mittel, um zum Beispiel die Verschmutzung öffentlicher Toiletten zu reduzieren, oder werden Menschen von Verhaltensabweisen abgehalten, die nur ihnen selbst schaden und die damit ihre freie Entscheidung sind? Bei der Altersvorsorge kann man sagen: Wer nicht fürs Alter vorsorgt und damit auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, schadet nicht nur selbst, sondern belastet auch seine Mitmenschen als Steuerzahler. Daher ist die vorgesehene Stärkung der privaten Vorsorge sinnvoll. Keinen Einsatz von Nudging darf es dagegen dort geben, wo unveräußerliche Rechtspositionen des Individuums betroffen sind. Eine Opt-out-Regelung bei der Organspende ist denn auch von den Julis NRW mit der Begründung abgelehnt worden, es mache den eigenen Körper prinzipiell zur Verfügungsmasse des Staates. Differenzierung ist der Schlüssel zum Umgang mit Nudging.

Heute schon an morgen denken!

Die Alterung der Gesellschaft wird eines der großen Themen der nächsten Jahrzehnte. Schaffen wir heute schon die liberalen Antworten!

Die Grundlage für generationenge-rechte Politik: Eine stabile Haushaltspolitik

2

Der 90. Landeskongress der Jungen Liberalen NRW stand ganz im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Dort haben wir einen Leitantrag beschlossen, der sich mit vielen Facetten der Generationengerechtigkeit befasst hat. Ein zentraler Punkt, der in dem Antrag behandelt wurde war die Haushaltspolitik des Landes NRW. Es muss an den richtigen Stellen investiert werden, dafür muss aber auch an anderen Stellen gespart werden. Die Aufnahme von Schulden sollte vermieden werden, Schulden sollten aktiv abgebaut werden, was dank Rekordsteuereinnahmen und niedriger Zinsen jetzt so gut möglich ist wie selten. Aber wie sieht ein generationengerechter Haushalt aus?

Was sind NRWs Kernaufgaben?

Um zu klären, was die richtigen Investitionen für eine generationengerechte Politik sind, müssen wir uns erstmal darüber im Klaren sein, was die Kernaufgaben von NRW sind. Prinzipiell sind Länder für alles zuständig wofür der Bund nicht zuständig ist. Insbesondere sind das Bildung, innere Sicherheit und Justiz. In diese Bereiche muss vorrangig investiert werden. Die Justiz muss genug Personal und Mittel zur Verfügung haben um schnell und effektiv arbeiten zu können, die Polizei muss gut genug ausgerüstet sein um das Verbrechen in NRW sicher bekämpfen zu können. Im Bezug auf Generationengerechtigkeit ist jedoch vor allem der Punkt Bildung interessant. Schüler sind die Zukunft Deutschlands, Bildung ist unsere wertvollste Ressource. Es dauert zwar lange bis Schüler, die von den Investitionen profitieren auf dem Arbeitsmarkt sind, für die Schüler sind die Investitionen allerdings sofort spürbar. Wie wollen wir Schülern beste Bildung in verkommenen Schulgebäuden, die mit veralteter Technik ausgestattet sind, bieten? Es müssen genug Lehrer eingestellt werden, um Schüler angemessen betreuen zu können. Durch diese Investitionen können wir den Schülern beste Bildung vermitteln. Dadurch eröffnen wir Schülern Möglichkeiten sich selbst zu verwirklichen, die sie vorher nicht hatten. Die gesamte Gesellschaft profitiert durch gut ausgebildete Arbeitskräfte, die unser Land innovativ gestalten. Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft.

Alter bei den Bildungsausgaben nicht vergessen

Der Bildungssektor umfasst allerdings mehr als Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Auch ältere Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich fort- und weiterzubilden. Gerade im Zuge der Digitalisierung werden Bildungsangebote Personen, die bereits im Arbeitsleben stehen, immer relevanter. Durch die Digitalisierung werden Berufe wegfallen, es werden allerdings auch neue Berufe geschaffen. Die Lösung für Personen, die ihren Beruf verloren haben, kann nicht die Arbeitslosigkeit sein. Durch die Förderung von Umschulungen und anderen Bildungsangeboten kann der Staat Bürger unterstützen, die sich beruflich neu orientieren wollen oder müssen. Meiner Meinung nach gehört dazu auch eine Öffnung oder Lockerung der Altersgrenzen für das Beziehen von BAföG, um auch Personen über 30 den Start in ein Bachelorstudium zu ermöglichen. Denn zur Generationengerechtigkeit gehört es nicht nur den Jungen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, sondern auch Älteren den Zugang zu der modernen Welt zu sichern.

Die Frage der Kulturförderung

Auf dem Landeskongress wurde kontrovers diskutiert, ob Kulturförderung eine Aufgabe des Landes ist oder nicht. Gegner argumentieren, dass Kultur in erster Linie eine kommunale Aufgabe sei, Befürworter erwidern, dass Kommunen mit dieser Aufgabe überlastet ist, und einige Kulturprojekte auch landesweite Relevanz haben. In einem Punkt waren sich allerdings alle einig: An der Kulturförderpraktik muss sich etwas ändern. Ein mehrfach genanntes Beispiel für Fehler in der Kulturförderung waren subventionierte Opernhäuser, die hauptsächlich von wohlhabenderen Personen besucht werden. Man sollte die Programme, die gefördert werden, kritisch nach Förderbedarf evaluieren und gegebenenfalls Förderungen streichen. Die NRW-Landesregierung scheint das anders zu sehen und möchte die Kulturförderung in den nächsten Jahren von 200 auf 300 Millionen Euro anheben.

Ich persönlich finde den Ansatz der subjektbezogenen Förderung interessant. Es sollten nicht mehr Institutionen, beziehungsweise einzelne Projekte, gefördert werden, sondern einzelne Personengruppen. Diese Gruppen könnten Schüler, Studenten oder Geringverdiener sein. Angehörige dieser Gruppen können beispielsweise einen reduzierten Eintrittspreis zahlen, der durch Subventionen des Landes ermöglicht wird. So wird verhindert, dass die Sitzplätze von Vielverdienern staatlich subventioniert werden, der Zugang zu Kulturangeboten mit Bildungsauftrag jedoch nicht eingeschränkt wird. Jede andere Form von Kulturförderung des Landes sollte eingestellt werden, die Kommunen sollten weiterhin auch direkt fördern dürfen.

Alles hat ein Ende

Nicht nur die Kulturförderung, auch alle anderen Subventionen sollten überprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Zurzeit gibt es allerdings nicht die Pflicht für die Regierung, sich in regelmäßigen Abständen mit Subventionen auseinander zu setzen und sie zu überprüfen. Das wollen wir ändern: Jede neue Subvention soll eine sogenannte Sunset-Klausel beinhalten müssen. Das heißt, die Subvention muss in regelmäßigen Abstand neu beschlossen werden, sonst wird sie unwirksam. So wird die Regierung dazu gezwungen, sich häufiger mit Subventionen zu beschäftigen um hoffentlich früher zu merken, dass eine Subvention nicht mehr sinnvoll ist.

Aber auch die Beteiligungen des Landes an diversen Unternehmen muss ein Ende haben. Ich sehe insbesondere die Beteiligung des Landes an den Spielbanken kritisch. Zum einen machen die Spielbanken in der Hand des Landes seit Jahren Verlust, es ist aber auch sehr fragwürdig, dass der Staat Anteile an Unternehmen hat, die Profit aus einer Sache schlagen, gegen die der Staat aktiv Präventionsarbeit leistet. Dieser Teil unserer Forderung wird zum Glück von unserer Landesregierung geteilt, die Landesregierung hat den Weg für den Verkauf der NRW-Spielbanken frei gemacht.

Generationengerechtigkeit ist auch ein Thema kommender Generationen

Der Prozess Generationengerechtigkeit herzustellen oder beizubehalten hört nie auf. Wir müssen immer darauf achten, der kommenden Generation die besten Startmöglichkeiten zu bieten und nicht mit Schulden erdrücken. Genauso dürfen wir nie die Älteren in unserer Gesellschaft vergessen, die von technischem Fortschritt nicht abgehängt werden dürfen. Wir haben jetzt eine gute Beschlusslage zu diesem Thema, die wir auch in die FDP tragen können um so in NRW und Deutschland für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen.

Ralf Keller (20) ist Student und stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik der JuLis Ostwestfalen-Lippe. Erreichen könnt ihr ihn unter ralfk@julis.de.

Der neue Haushalts-entwurf der Bundesregie-rung - Generationen-gerechtigkeit geht anders

3

"Eine neue Dynamik für Deutschland"; Zeile zwei der Überschrift des neuen Koalitionsvertrags der großen Koalition. Wenige Zeilen weiter unten, der ganze Abschnitt III. unter dem Titel: „Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung". Bei diesen Formulierungen sollte man sich eigentlich freuen und denken, dass die beiden Volksparteien dieses Mal verstanden haben, welche Bereiche in Deutschland besonderen Ausbaubedarf haben, wollen wir weiterhin international mithalten können. Soweit so gut.

In Anbetracht des Haushaltsplanes, den der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz für die nächsten vier Jahre Deutschlands entworfen hat, kommen allerdings starke Zweifel an der Umsetzung dieser Ziele auf.

So ist unter anderem eine Senkung der öffentlichen Investitionen von anvisierten 37,9 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf 33,5 Milliarden Euro im Jahre 2022 vorgesehen. Daraus resultiert ein Rückgang der Investitionsquote von 10,85% auf 9,11% binnen vier Jahren. Ähnliches hat die Sozialausgabenquote aber nicht zu befürchten; dort ist ein Anstieg von 50,9% auf 52,2% zu erwarten. Und das obwohl das Bruttoinlandsprodukt nicht im gleichen Maße ansteigt und Deutschland bei den Sozialausgaben ohnehin schon einen europaweiten Spitzenplatz belegt.

Besonders im Bereich der Digitalisierung lässt der Investitionswille der neuen Bundesregierung zu wünschen übrig: Gerade einmal 1,15 Milliarden Euro sind im diesjährigen Haushaltsplan für den Breitbandausbau vorgesehen. Dies ist im Vergleich zu den im letzten Jahr vorgesehenen 4 Milliarden Euro wenig, doch in Relation zu den laut gängigen Expertenschätzungen nötigen 40 bis 80 Milliarden Euro ist es alles – aber keine „Offensive" für Digitalisierung.

Auch die ausgesprochen zarte Steigerung des Etats für Bildung und Forschung kann angesichts des massiven Aufholbedarfs Deutschlands nur ein symbolpolitischer denn ein an realen Anforde-rungen gemessener Schritt sein, wenn man bedenkt, dass Deutschland mit der Höhe seiner Bildungsausgaben auf Platz 22 von 28 EU-Ländern liegt.

Der ohnehin bestehende Investitionsstau in Sachen Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur wird somit nicht nur unverändert bleiben, sondern auf Dauer sogar vergrößert. Das hat in den jeweiligen Bereichen unterschiedliche Auswirkungen:

Fehlende Investitionen im Bereich der Digitalisierung werden gerade für die jüngeren Generationen in einer immer größeren Belastung resultieren. In vielen Schulen hierzulande ist es noch immer Realität, den Kindern und Jugendlichen per Overhead-Projektor oder an quietschenden Tafeln Wissen beizubringen. Dass vielen Schülern dadurch methodisches Know-how im Umgang mit Hard- und Software technischer Geräte fehlt, ist selbstverständlich, aber ebenso gehen Inhalte verloren, die für die globalisierte Arbeitswelt unabdingbar sind.

Auch wird die Wirtschaft darunter leiden, wenn Unternehmen hierzulande nicht auf eine ausreichende digitale Infrastruktur zurückgreifen können. Gründer werden dadurch eher abgeschreckt als ermutigt, ihre Ideen in Deutschland statt anderswo umzusetzen. Eine wirkliche Start-Up-Kultur kann sich so sicherlich nicht entwickeln. Sinnvoll wäre es hier, den Gründern oftmals technologiebasierter Unternehmen, Kapital einfacher zur Verfügung zu stellen, da diese so den digitalen Wandel hierzulande erheblich beschleunigen können. Auch das wäre eine von vielen möglichen Investitionen wert.

Auch in Anbetracht des Budgets in Sachen Bildung mag man an einer generationengerechten Finanzpolitik der aktuellen Bundesregierung zweifeln. Vergleicht man den Etat von 17,6 Mrd. Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung für das laufende Jahr mit dem Anstieg der Rentenversicherungsleistungen von 91 Milliarden Euro im letzten Jahr auf bis zu 103,3 Mrd. Euro im Jahr 2021, sieht man wo die Prioritäten der jetzigen Bundesregierung liegen. Bundesweit werden Schüler also weiterhin mit Lehrermangel,

schimmeligen Wänden und maroden Turnhallen; Studenten mit überforderten Professoren und mangelhafter Ausstattung an den Unis und Fachhochschulen und die Universitäten selbst mit der Abhängigkeit von Drittmitteln zur finanziellen Aufrechterhaltung des eigenen Betriebs konfrontiert.

Selbiges gilt für den Bereich Infrastruktur. Bei den Ausgaben für innere Sicherheit beispielsweise - eines der Themen welches die Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 2017 maßgeblich für Werbung in eigener Sache nutzten - ist mit vorgesehenen 5 Mrd. Euro zumindest finanziell die Umsetzung dieses Wahlversprechens nicht mehr weit oben auf der Agenda. Erst Recht, wenn man diese Investition in Relation zu den Ausgaben in Höhe von 4 Mrd. Euro bis 2021 für eine Beschäftigungsperspektive für 150.000 Langzeitarbeitslose setzt. Und auch hier werden die Folgen fehlender Investitionen auf den Schultern der jüngeren Generationen getragen.

Und als wäre all dies nicht schon Grund genug, sich über die Folgen eines solchen Haushalts zu sorgen, wird es erst wirklich problematisch in Anbetracht dessen, dass Deutschland trotz sin-kender Investitionen und sprudelnder Steuereinnahmen weiterhin ein strukturelles Defizit (der Teil eines Staatsdefizits, der nicht als Folge von Konjunkturschwankungen auftritt) fährt. Und das ist mit errechneten 0,3% der Wirtschaftsleistung im Jahr 2019 nicht unerheblich, ist es nur knapp unter der laut Schuldenbremse erlaubten Höhe von 0,35%. Sprich bei einer schlechteren Konjunktur als es derzeit der Fall ist, würde Deutschland mit diesem Haushalt weiter Schulden machen, anstatt sie zu tilgen.

Möchte man einen Haushalt gestalten, der nicht nur den Status Quo in ungenügender Weise erhält, sondern unser Land fit macht für die nationalen und internationalen Herausforderungen der Zukunft, geht das nicht, ohne diesen Haushalt generationengerecht zu gestalten.

Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung: All dies sind Bereiche, die nicht nur für die jetzigen Generationen wichtig sind, sondern in denen Investitionen gleichzeitig auch Stabilität für zukünftige Generationen bedeuten. Die fehlenden Ausgaben in diesen Ressorts bringen nicht nur die Gefahr mit sich, dass wir in der Gegenwart keinen Fortschritt in unserem Land erzielen, sondern auch, dass sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands auf Dauer verschlechtert und sich bestehende Investitionslücken noch vergrößern. Diese Lücken werden wir und unsere Kinder und Enkel dann schließen müssen.

Die jetzige Bundesregierung meint anscheinend, dass soziale Gerechtigkeit alleinig durch erhöhte Sozialausgaben herzustellen sei. Um wirkliche soziale und generationenübergreifende Gerechtigkeit zu schaffen, müssen wir hingegen viel mehr auf sinnvolle, zukunftsträchtige Investitionen setzen, die unser Land ein Stück nach vorne bringen.

Von daher kann man der Bundesregierung und besonders dem Bundesfinanzministerium nur empfehlen, sich die Aussage des eigenen Finanzministers doch bitte zu Herzen zu nehmen:

„In wirtschaftlich guten Zeiten muss eine verantwortungsvolle Finanzpolitik beides schaffen: Schulden runter, Investitionen rauf.“

Isabel Clara Kraemer (18) ist angehende Medizinstudentin, die Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf und Mitglied im Bezirksverband Münsterland.

Generationengerechtigkeit:

Liberale Ausgabenpolitik revisited

Paavo Czwikla

Paavo Czwikla (23) studiert Philosophie und Ökonomik an der WWU Münster. Er ist Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppe und Mitglied im Bundesarbeitskreis Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Ihr erreicht ihn unter paavoczwikla@gmx.net.

Photo Credits: David-W-/photocase.com

4

Nicht erst seit dem Leitantrag des letzten Landeskongresses zeichnet uns als JuLis eines besonders aus: Das Leitbild der Generationengerechtigkeit. Generationengerechtigkeit ist ein Begriff, hinter dem sich ein Sammelsurium von Unterbegriffen verbirgt: In der Umweltpolitik ist von Generationengerechtigkeit ebenso die Rede wie beispielsweise in der Renten- oder Gesundheitspolitik. Stets ist dieses Schlagwort für uns JuLis Ansporn und Maßstab – dies gilt nirgendwo mehr, als wenn Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik Thema sind. Die folgenden drei Leitlinien bestimmen dabei unser Denken. Erstens: Das Land muss fit gemacht werden für die Zukunft. Wir fordern deshalb Investitionen, vor allem in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Zweitens: Die Bürgerinnen und Bürger müssen entlastet werden, um ihnen freie Selbstentfaltung zu ermöglichen. Wir fordern deshalb Steuersenkungen. Drittens: Zukünftige Generationen dürfen nicht durch unser heutiges Handeln beeinträchtigt werden. Wir fordern deshalb die „schwarze Null“ im Haushaltsplan und einen stetigen Schuldenabbau.

Staatseinnahmen senken, Ausgaben erhöhen und das alles ohne neue Schulden . Bei aller Sympathie für jede dieser Forderungen erzeugen diese, so meine These, im Zusammenspiel ein Spannungsfeld, dessen Zerreißprobe wir langfristig nicht standhalten können – oder sollten. Deshalb müssen wir diese Positionen nach ihrer Bedeutung sortieren, um sie zukünftig priorisieren zu können.

Nicht in die Zukunft unseres Landes zu investieren scheint bereits auf den ersten Blick eine unkluge Idee – das Land „auf Verschleiß zu fahren“ ist eine Praxis, für die wir unseren Bundesfinanzminister zurecht kritisieren. In vielen für die Zukunft bedeutsamen Bereichen besteht erheblicher Bedarf an Mehrausgaben. Als verantwortungsbewusste junge Menschen nehmen wir selbstredend Geld in die Hand, um bestehende Mängel zu beheben.

Die Belastung für jene, die in unserer Gesellschaft Wert schaffen, ist zu hoch. Dass wir aus diesem Grund, angesichts erheblicher Mehreinnahmen des Staates und einer weiterhin wachsenden Wirtschaft, unsere Bürgerinnen und Bürger, das Rückgrat unseres Wohlstands, entlasten sollten, ist eine Forderung, für die ich hier deshalb nicht gesondert argumentieren werde.

Erhalten diese beiden Konstanten unseres Politikverständnis die höchste Priorität, bleibt zur Korrektur nur die „schwarze Null“. Doch gerade in Zeiten der Krise zeichnet es Deutschland als Stabilitätsanker Europas aus, keine neuen Schulden aufzunehmen. Und es scheint nicht nicht von der Hand zu weisen: Jeder Euro Nichtverschuldung heute ist eine Entlastung für die Generation von Morgen. Wie also lässt sich dieses Problem lösen? Kann ein Angriff auf den ausgeglichenen Haushalt sich aus liberaler Perspektive rechtfertigen lassen? Können wir finanzpolitische Vernunft wirklich leichtfertig über Bord werfen?

Die Antwortet lautet „Nein“. Denn das müssen wir nicht. An dieser Stelle kehre ich zurück zum ersten Punkt unseres Forderungskatalogs. Wenn wir unsere Ausgaben erhöhen, dann tun wir dies, hier sind wir uns einig, um in die Zukunft zu investieren. Eine Investition zeichnet sich dadurch aus, dass eine Zahlung in der Gegenwart getätigt wird, weil der Investierende sich daraus für die Zukunft einen Mehrwert verspricht. Wir investieren tagtäglich. In unsere Ausbildung, in unser Studium. Wir investieren in die Politik. Wir bringen und setzen uns ein, weil wir überzeugt sind, damit die Geschicke unseres Landes auf lange Sicht zu verbessern.

Genau in diesem Sinne wollen wir auch monetär in die Zukunft investieren. Wir verfolgen damit das Ziel, künftige Generationen einen besseren, moderneren „Standort Deutschland“ vorfinden zu lassen, als er sich uns heute darstellt. Dieser Mehrwert wird sich, trotz Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, aller Voraussicht nach niederschlagen in erhöhten Staatseinnahmen. Erst durch diese Annahme werden nämlich unsere Ausgaben zu Investitionen.

Vor diesem Hintergrund aber ist es nicht nur zumutbar, sondern zeugt eben von Vernunft, zukunftsgerichtete Investitionspolitik gegenüber dem Wert der „schwarzen Null“ zu priorisieren. Gerade in einer Niedrigzinsphase wie der jetzigen ist es aus volkswirtschaftlicher Perspektive geboten, ohne Zögern mit Augenmaß in unsere Zukunft zu investieren. Immer dort, wo beide Optionen uns vor die Wahl stellen, werden wir deshalb unserem Leitbild der Generationengerechtigkeit gerecht, wenn wir, anstatt Schulden abzubauen, Investitionen in die Zukunft tätigen.

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon 0211. 49 70 940, Fax 0211. 88 25 31 237, E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw, www.liberaler-mittelstand.nrw

World Vision
Zukunft für Kinder!

DAS SCHÖNSTE GESCHENK FÜR KINDER: EINE ZUKUNFT.

Eine World Vision Patenschaft ist die persönlichste Form der Unterstützung. Über ein eigenes Patenportal können Sie an den Erfolgen Ihres Patenkindes und seines Umfelds teilhaben. Sie erhalten alle aktuellen Informationen, Fotos und Videos und können seine Entwicklung miterleben. So verändern Sie nicht nur das Leben eines hilfsbedürftigen Kindes, sondern auch Ihr eigenes.

Das ist die KRAFT der Patenschaft.

Jetzt Pate werden:
worldvision.de

Umweltschutz ist nicht zukunftsweisend

Dr. Patrick Guidato (32) arbeitet im Science Management und Technologietransfer eines Forschungsinstitutes in Dortmund, leitetet den BAK Gesundheit & Innovation, ist Bezirksvorsitzender der JuLis Ruhrgebiet und beschäftigt sich inhaltlich schon lange mit den Themen Umwelt und Gesundheit. Ihr erreicht ihn unter patrick.guidato@julis.de

Photo Credits: David-W- / photocase.com

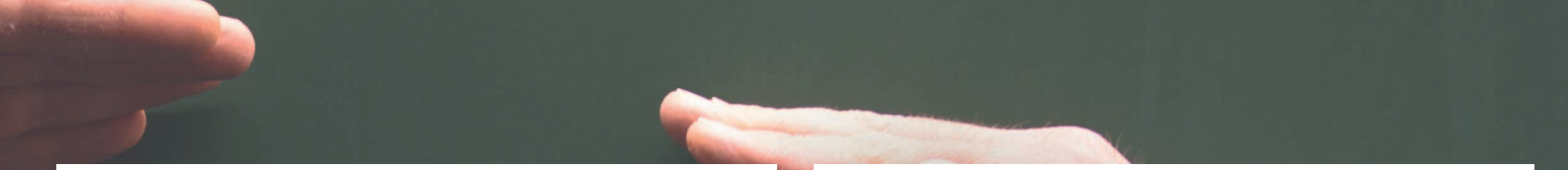
5

Umweltschutz ist die Devise unserer Zeit. Es gilt, die Umwelt in ihrer Form zu erhalten oder sogar in einen früheren Zustand zurückzuversetzen. Arten müssen geschützt werden und durch Rückzüchtungen wird sogar versucht, längst ausgestorbene Arten wieder zurück auf den Globus zu bringen. Das Klima soll so bleiben wie es ist und die Natur wird zu einem romantischen Sehnsuchtsort verklärt, der jegliches Heil verspricht, während die Stadt die Ursache allen Übels auf der Welt ist. Wenn wir eine solche Philosophie, die Bestehendes um seiner selbst Willen erhalten will oder sogar altes, längst Überwundenes zurückholen will, betrachtet und auf andere Fragen anwendet, dann nennt man diese konservativ oder sogar reaktionär, doch nicht beim Umweltschutz.

Umweltschutz ist Pflicht. Wer die Umwelt nicht schützt oder sie verändern will, ist böse, doch macht uns erst die Beugung der Umwelt nach unseren Bedürfnissen zu dem, was wir sind: Menschen. Wenn uns kalt ist, verändern wir nicht über Generationen hinweg unserer Körper, um uns an das Klima anzupassen, wir machen Feuer, tragen Pelze und bauen Häuser. Wenn wir große Distanzen überwinden wollen, bauen wir Autos, Schiffe und Flugzeuge und wenn wir uns mit klimatischen Veränderungen konfrontiert sehen, finden wir Wege, diese zu nutzen. In der Vergangenheit war es immer wieder unser Wille, die Natur nach unseren Bedürfnissen zu formen, was dafür sorgte, dass die Menschheit sich weiterentwickelte. In der Gegenwart aber beschränken wir uns selbst. Wir wollen keine gentechnisch veränderten Pflanzen nutzen. Herbizide wollen wir am besten direkt alle verbieten, denn: „Früher ging es ja auch ohne.“ Wir lassen es zu, dass Wölfe wieder in Mitteleuropa leben und wundern uns dann, dass auch die Probleme von vor Jahrhunderten wiederkehren. Mensch und Vieh sind nicht mehr sicher, denn der Wolf ist zurück.

Neue Räume für Bauprojekte, egal ob Wohnbebauung oder andere Nutzungen, zu finden, wird auch immer komplizierter. Im Zweifel wird nicht für den Menschen, sondern eine vielleicht durch die Bebauung gestörte Kröte, Ameise oder sonst ein Tier entschieden. Die Devise ist „Der Mensch weicht der Natur, nicht die Natur dem Menschen.“

Wer bis zu diesem Punkt gelesen hat, ist nun in aller Regel voller Widerspruch. Wir haben doch in der Vergangenheit gesehen,



was passiert, wenn man die Umwelt ausnutzt und verschmutzt, statt sie zu schützen. Jeder halbwegs vernünftige Leser muss nun zwangsläufig noch mehr für den Schutz der Umwelt sein, als er das vorher war oder?

Verändern ist etwas anderes als Zerstören

Weit gefehlt. Natürlich ist es falsch gewesen, in der Industriellen Revolution Unmengen an Ruß in die Luft und Schadstoffe in die Gewässer zu leiten. Auch heute noch ist es wenig weitsichtig, Braunkohletagebau zu betreiben, wenn es weit weniger invasive Eingriffe in die Umwelt gäbe. Sicherlich sollte man darüber nachdenken, welche Substanzen man in welchen Mengen in die Umwelt abgibt. Dennoch bleibt die Frage erlaubt: Ist es schlecht, wenn die Umwelt sich verändert? Wenn wir die Umwelt verändern?

Nein. Im Gegenteil. Es ist ein notwendiger Fakt des Universums, dass die Umwelt auf der Erde sich seit jeher verändert. Genauso ist es ein notwendiger Fakt, dass die Menschheit nur durch eine Anpassung der Umwelt an die eigenen Bedürfnisse überhaupt erst zu dem wurde, was sie heute ist. Ackerbau, Viehzucht, der Bau von Städten und vieles mehr sind eine Veränderung der Umwelt und der Natur zu unserem Nutzen. Die Zerstörung unser Lebensgrundlage hingegen war seit jeher schädlich und gilt es zu vermeiden. Natürlich ist es nicht in unserem Sinne, Quecksilber in das Grundwasser zu leiten, oder Smog-Verhältnisse wie in China weltweit zum Standard zu machen. Doch ist das Umweltschutz? Eigentlich nicht. Es ist nur Selbstschutz.

Wenn wir Wasserkraftwerke und Stauseen bauen, dann verändern wir die Umwelt drastisch. Ganze Ökosysteme werden zerstört und neue werden geschaffen. Aus der Sicht mancher Umweltschützer ist das ein völlig inakzeptabler Eingriff in die Natur. Betrachtet man die Maßnahme aber im gesamten, dann nützt sie uns enorm. Durch die Lieferung von Strom und gleichzeitig wird auch ein neues Ökosystem geschaffen. Die Umwelt und unsere Lebensgrundlage wird also verändert, nicht zerstört.

Umweltschutz ist mittlerweile Folklore und Religion
Betrachtet man den heutigen Umweltschutz, dann geht es nicht wirklich darum, unsere Lebensgrundlage zu schützen, sondern viel mehr alles Technologische bzw. jegliche Intervention in die natürlichen Abläufe abzulehnen. Dabei steigt die Ablehnung mit dem Grad der genutzten Technologie, bzw. Hilfsmittel.

Das Entfernen von Unkraut beispielsweise ist eine Notwendigkeit im Ackerbau schon seit Jahrhunderten. Früher nutzte man den Pflug. Erst von Ochsen oder Pferden gezogen, später durch große Traktoren bewerkstelligt, wurden Äcker vollständig umgegraben, um das Wachstum von Unkraut zu hemmen. Damals regte sich schon Widerstand. Das Pflügen töte Lebewesen im Boden und beraube viele Feldlebewesen ihrer Lebensgrundlage. Heute ist man weiter. Man nutzt Pflüge deutlich seltener und weniger invasiv. Heute nutzt man Herbizide wie Glyphosat, die spezifisch nur auf Pflanzen wirken. Andere Organismen im Boden bleiben unbeschadet, doch der Widerstand ist noch größer. Manche wenden sich nur gegen Glyphosat, andere aber wollen den Einsatz von „Chemie“ auf Äckern grundsätzlich verbieten. Also zurück zum Pflügen und zerstückeln von Bodenlebewesen.

Die Umwelt vor Zerstörungen zu schützen und unsere Lebensgrundlage zu erhalten, ist schon lange nicht mehr das Ziel im Umweltschutz. Es geht vielmehr darum, möglichst wenige fortschrittliche Technologien anzuwenden und in einem romantisierten Bild der Eigenbewirtschaftung zu verweilen.

Fortschrittlicher Umweltschutz heißt Terraforming

Terraforming, das klingt wie ein Begriff aus Star Trek. Doch ist es die Zukunft unserer Umwelt. Statt die Erde unter enormen Kraftaufwand in ein Museum zu verwandeln, werden wir in Zukunft mit der Erderwärmung leben müssen. Viel mehr noch, wir werden sie für uns nutzbar machen. Mit gentechnisch veränderten Pflanzen werden wir die Fauna der Erde zu unserem Nutzen verändern.

Vielleicht können wir schon in 50 Jahren auf Laternen verzichten und pflanzen stattdessen nacht-leuchtende Platanen an jede größere Straße. Vielleicht haben wir schon in 50 Jahren Algen entwickelt, die CO_2 effektiver denn je abbinden und in Ethanol verwandeln, welches wieder als Treibstoff verwendet werden kann. Was die Zukunft bringt, können wir jetzt nur in Ansätzen erahnen, doch vieles was jetzt noch unrealistisch klingt, wie leuchtende Platanen wird bereits heute in Laboren erforscht.

Wir müssen diesen Innovationen nur endlich die Chance geben, die Umwelt wieder nach unseren Bedürfnissen zu verändern, damit Umweltschutz eine neue, positive Bedeutung bekommt, nämlich den Schutz unserer Lebensgrundlage. Das ist die Technologie und der Fortschritt.

Autorenaufruf

Wir suchen dich als Autor/in für die kommenden Ausgaben des julimagazins!

Du schreibst gern und möchtest das JULI-MAGAZIN grundsätzlich als Autor/Autorin unterstützen, bist dir aber noch nicht sicher, ob dich die Themen der nächsten Ausgabe interessieren?

Dann lass' dich in unseren Autorenverteiler aufnehmen. Wir schicken dir vor jeder neuen Ausgabe die geplanten Themen und wenn etwas für dich dabei ist, kannst du uns Bescheid geben und mit dem Schreiben loslegen. Selbstverständlich kannst du uns auch eigene Vorschläge machen, wir freuen uns auf deine Ideen.

Melde dich einfach bei Benita
benita.henning@julis-nrw.de

MACHER®
MAGAZIN

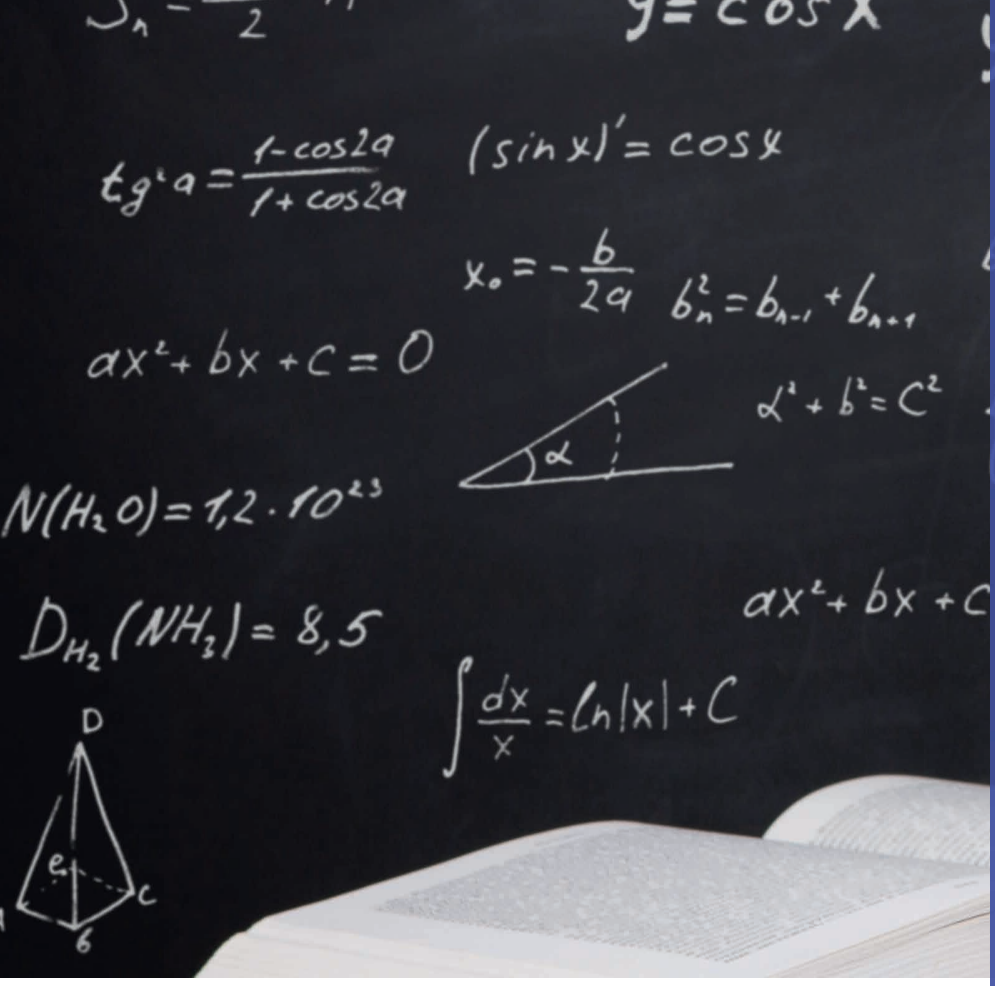
Das neue Magazin für alle

#MutMACHER #VorMACHER
#AndersMACHER #NeuMACHER
#MitMACHER #SelberMACHER

jetzt kostenlos herunterladen!

Hol Dir Deinen Gratis-E-Paper unter https://machermagazin.de

Foto: © Kzenon, fotolia.com



Doppelte Bildungs-Rendite: Wie wir die Ideen-Kachexie der GroKo überwinden können

Lennard Kroll (21) ist Medizinstudent und Beisitzer im Kreisvorstand der JuLis Bochum. Erreichen könnt ihr ihn unter lennard.kroll@julis.de.

6

Während die neue GroKo sich nicht einmal traut breiter zu investieren oder gar den überfälligen Soli abzuschaffen, beweist Macron Mut zur Gestaltung: Erstmals seit 1959 wird im September die Schulpflicht verlängert – noch nie wurde diese aber „nach unten verlängert". Künftig sollen die Kinder schon mit drei Jahren zur Schule. Ganz egal ob negativ oder positiv – das ist unverkennbar revolutionär. Spannend sind hierbei das zugrundeliegende System und noch viel interessanter seine Auswirkungen auf das Leben der Franzosen.

Letztes Jahr lag die Quote an Vorschulkindern zwischen drei und fünf Jahren in Frankreich bei 97% - beeindruckend aber offenbar noch nicht genug. Auf dem ecole maternelle lernen die Kinder erst zählen, mit vier ihre ersten Buchstaben und ab fünf gibt es schon ein Zeugnis mit nach Hause. Das Ganze funktioniert auch noch flächendeckend von 8.30 bis 16.30 Uhr – Grund genug für vier von fünf Frauen trotz Kindern in Vollzeit weiterzuarbeiten. Unser Wunsch nach 24/7-KiTas scheint da noch eher wie eine Utopie. Macron zweifelte die Statistik von 97% an und sagte, dass Familien mit geringeren Einkommen ihren Nachwuchs oft nur vormittags dorthin brächten, um das Geld für die Mittagsmahlzeiten zu sparen. Auch das soll zukünftig aufgehoben und damit soziale Disparitäten angegangen werden, wenn auch dies zukünftig der Staat zahlt.

Richten wir den Blick nun auf uns kann man nur staunen. Deutschland begnügt sich mit der Frauenquote und wundert sich munter weiter warum nichts passiert. Zweifelsohne müssen Jobs nach Leistung vergeben und bezahlt werden, ganz richtig, warum wurde das aber nicht schon immer so getan, fragt man sich. Sicher nicht weil Frauen weniger leisten würden, sondern weil es immer noch die Frauen sind, die zuhause bleiben, wenn Nachwuchs kommt. Schaut man sich die Zahlen für 2016 vom statistischen Bundesamt an, besagen diese dass nur 22,2% der Väter Elternzeit nahmen. Traditionellerweise ist Erziehung fest in den Lebenslauf

Photo Credits: Sensay / photocase.com

einer Frau eingeplant. Wir wollen aber progressive Politik machen, alte Muster aufbrechen und lassen uns nichts Besseres als eine Frauenquote einfallen. Wir stellen nicht die Frage warum das eigentlich immer noch so ist. 47% der Studierenden sind doch Frauen, über 82% der Frauen sind berufstätig. Dennoch verläuft ihre Karriereleiter anders als die von Männern, es fehlt schlichtweg die Grundlage, die die Entscheidung ein Kind zu bekommen nicht zu einem „Entweder-oder“ macht.

Das Fundament fehlt!

Wir können also durchaus verstehen, dass dieses unternehmerische Risiko mitschwingt, wenn man also eine 32-Jährige befördert, die tolle Leistung bringt aber man beim Hände schütteln schon den neuen Verlobungsring fühlt. Sozialdemokratie und Co. erkennen aber nicht, dass Quoten ein Problem immer nur oberflächlich behandeln, quasi Botox für die Bilanz. So kann man die Schuld für das gender-pay-gap auf die bösen, bösen Unternehmer schieben, die nach Herzenslust Frauen benachteiligen. Man denkt aber nicht zu Ende, wenn man dabei diese Betreuungsproblematik vergisst. An genau jener Stellschraube ließe sich aber drehen.

Richten wir also unseren Blick auf die Betreuungssituation in Deutschland und NRW: Kinder zwischen drei und fünf Jahren befanden sich zuletzt zu 94% in Deutschland in Betreuung, zirka 93% in NRW. Die Betreuung wird aber oft nur vormittags in Anspruch genommen, zu wenig für eine volle Stelle und zu wenig für die Beförderung. Der Betreuungsbedarf liegt laut Bundesfamilienministerium darüber. Sollten wir uns also ein Beispiel am französischen Konzept nehmen? Immer mehr Frauen wollen Karriere und Kinder, scheinen sich aber dazwischen entscheiden zu müssen. Würden wir endlich investieren würde sich das fürs Land doppelt lohnen.

Was wäre es für ein Umbruch würden wir in NRW Vorreiter sein, nicht nur in flächendeckender Betreuung sondern dies auch noch als Chance begreifen würden mit frühkindlicher Bildung für alle Kinder voranzugehen? Träumen wir das einmal zu Ende: eine Familie ist erst vor kurzer Zeit nach Deutschand gekommen, als gerade beide Eltern einen Job gefunden haben, kommt schon die erste Tochter, nennen wir sie Zahra. Man müsste auf einmal nicht mehr die Frage stellen wer weiter Karriere macht und wer zumindest auf halbtags umstellt und zuhause bleibt. Zahra kommt nach der KiTa in die Vorschule und trifft Lucas. Seine Eltern bringen auch ihn täglich in die Vorschule, die beiden gehen in dieselbe Klasse. Zusammen lernen und spielen sie mit den anderen Kindern und üben dabei nicht nur Deutsch sondern überwinden auch spielend soziale Unterschiede. Weil die Vorschulen mit Grundschulen kooperieren, bleiben Klassenverbände oft bis zur vierten Klasse erhalten. Macron geht mit seinem Vorstoß nun genau das an: einen Schritt nach vorne für mehr Freiheit für die Eltern und einen weiteren, noch größeren Schritt für die Kinder, die schon vor der Schule die Landessprache beherrschen und sich in das Klassengefüge eingelebt haben.

EU als Warenkorb der Ideen

Für wen dabei jetzt zu viel Multi-Kulti-Folklore mitschwang, sei gesagt: Wir brauchen dringend wieder mehr Visionen, wie Deutschland und NRW in zehn Jahren aussehen sollen. Frankreich, die Schweiz und Spanien verfolgen dabei schon ähnliche Konzepte, keines davon finde ich optimal. Mit der EU haben wir aber ein einzigartiges kooperatives Netzwerk, welches wir in Fragen der frühkindlichen Bildung bisher noch vollkommen ungenutzt lassen. Ich möchte im Folgenden die Konzepte kurz umreißen.

In der Schweiz müssen die Kinder in den Kindergarten, bei Bedarf dürfen die Eltern den Eintritt um ein Jahr nach hinten verschieben. Im Kindergarten erwartet die Kinder dann ein Lehrplan, der beispielsweise Tiere zeichnen, Liedersingen und alleine-Zähne-Putzen vorsieht. Die Ferien sind deckungsgleich mit den Schulferien. Die Spanier koppeln ihre coles, sodass ein Kind je früher es die Vorschule besucht die Chance umso höher ist, danach auf die Grundschule zu gehen, die oft gar direkt nebenan steht. So sind manche Schulen natürlich besonders begehrt und der Klassenverband bleibt erhalten. Die Eltern melden ihren Nachwuchs daher gern rasch mit drei Jahren an, die anderen Kinder, die gar keine Vorschule besuchten, werden dann mit sechs einer Grundschule zugewiesen.

Lernplan statt Lehrplan

Stelle ich mir das Konzept für Deutschland vor, braucht es zunächst ein flächendeckendes Angebot. Die Betreuung von 8.00 bis 16.30 soll nicht nur eine Verwahrung der Kinder sein, damit die Eltern weiter ackern können, gewiss, auch sie tragen Verantwortung. Nein, dort wird durch frühkindliche Bildung in die Kinder investiert, sodass wir ernsthaft Chancengerechtigkeit ermöglichen. Es gibt aber keinen Lehrplan, in diesem Alter sollte die Freiheit alles selbst zu entdecken an allererste Stelle stehen. Viel lieber wünschte ich mir dafür einen „Lernplan"! Lernziele gestalten das Tagesprogramm, neben den schulvorbereitenden Zielen wie Zählen und sich dem Alphabet zu nähern, kann Wissen über Flora und Fauna vermittelt werden; natürlich kindgerecht aufbereitet. All solche Kompetenzen zu vermitteln ist Erziehern/-innen absolut zuzutrauen. Außerdem können wir hier auch früh ansetzen und den Vorschülern musische und kreative Zugänge schaffen. Dazu braucht es keine außergewöhnlich hohe skills beim Personal, zumindest nicht höher als bisher. Auch Schuhe binden, Zähne putzen oder basteln fordert die Kinder in angemessenen Maße und ist individuell ansetzbar.

Konkret will ich mit dieser Förderung vor allem an folgenden Punkt ansetzen: der Psychologe Catell unterteilte den Gesamtfaktor Intelligenz in fluide – und kristalline Intelligenz. Erstere bezeichnet quasi die Kombinationsfähigkeit, Zweitere die erlernten Fertigkeiten, die sich konkret im Sprachverständnis ausdrücken. Studien zeigten, dass die fluide zu 80% und die kristalline Intelligenz zu 70% genetisch bedingt sind. Der übrige Intelligenzerwerb geschieht aber über Umwelteinflüsse und ist eine weitere Stellschraube, die wir nutzen sollten! So ist es Konsens, dass wir „Vererbung von Armut" beenden wollen und Bildung der Schlüssel zu höherer Qualifizierung und mehr Wohlstand ist. Wenn wir das wirklich erreichen wollen, müssen wir dieses Konzept frühkindlicher Bildung zwingend diskutieren, um Möglichkeiten der Adaptation für unsere Gesellschaft zu finden. Kinder, die früh mit anderen Kulturen und sozialen Schichten in Kontakt kommen, nähern sich viel eher einander an. Die Freiheit sein eigenes Tempo in dieser Entwicklung zu haben ist Grundvoraussetzung, das heißt mehr oder eben weniger Fördern und Fordern in gleichem Maße.

Heben wir das Konzept nun auf die nächste Ebene, könnten wir vielleicht sogar eine gemeinsame Lernplattform etablieren, wo online speziell für Vorschulkinder aufbereitetes Videomaterial angeboten wird. Dies unterstützt die Erzieher/ -innen beim Erklären und sie können Ideen austauschen, wie man zum Beispiel einen Projekttag vorbereiten kann. Dies ist nur ein Gedanke, der aufzeigen soll, welche immensen Chancen ein solches Angebot birgt.

Ob man dazu wirklich eine Pflicht einführen sollte, bleibt für mich unklar – bis die flächendeckende Versorgung sichergestellt ist, wäre dies sowieso nicht möglich. Sicherlich spielt auch die Verfügbarkeit an Erziehern/ -innen dabei eine Rolle. Ein Ansatz zu fairer Finanzierung könnte dazu sein nach dem Vorbild des liberalen Bürgergelds vorzugehen und einkommensabhängig die Beiträge zu diesen Vorschulen zu bemessen, allerdings so dass deren Höhe für Eltern und das Personal attraktiv bleibt.

Völlig klar ist für mich hingegen, dass es unbedingt nötig sein wird ein Umdenken im Staatshaushalt zu schaffen und endlich zu erkennen, dass sich Investitionen in Bildung immer lohnen, unabhängig vom Alter der Bildungsempfänger. Speziell diese sogar mit doppelter Rendite – gehen wir es an!

„One Belt To Rule Them All“

7

Was ist OBOR und welche Ziele verfolgt China?

Die Neue Seidenstraße (One Belt One Road Initiative, kurz: OBOR) ist das größte Infrastrukturprojekt der Menschheitsgeschichte, mit einem Investitionsvolumen von mehr als einer Billion US-Dollar (1.100 Mrd.) verbindet es fast 80 Staaten zwischen Lissabon und Manila, im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent mit China.
Gesteuert wird dieses gigantische Projekt von der chinesischen Regierung, die Finanzierung erfolgt über den eigens von China gegründeten Silk Road Fond.
Dabei verlegt sich das Reich der Mitte, das bis 2049 die führende Weltmacht werden will, hauptsächlich darauf im Rahmen bilateraler Abkommen Kredite für Infrastrukturprojekte (vor allem: Häfen, Warenumschlagsplätze, Eisenbahnstrecken, aber auch Kraftwerke und Pipelines) zu vergeben.
Diese sind daran geknüpft, dass die Aufträge für entsprechende Vorhaben an chinesische (Staats-) Konzerne gehen. Das wird zuallererst den Effekt haben, dass die chinesische Konjunktur weiter steigt, da China im Zuge seiner umfassenden Modernisierung, in nahezu allen Bereichen, auch große Überkapazitäten in seiner Bauindustrie aufgebaut hat.

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Handel sind aber wohl nur das sekundäre Ziel der chinesischen Regierung, China baut mit jedem Hafen und jedem Kilometer Eisenbahn seine Vormachtstellung in Asien weiter aus. Die bilateralen Abkommen mit z.B. Pakistan, Sri Lanka und Dschibuti ermöglichen es China dazu noch, weiträumig verteilt, eigene militärische Stützpunkte und Häfen zu eröffnen. Diese Entwicklung ist vor allem mit Blick auf den Konflikt im Südchinesischen Meer interessant, hier stehen sich die Interessen Chinas und der USA direkt gegenüber. Die Vereinigten Staaten sind eng mit den anderen involvierten Ländern, Japan, Südkorea und den Philippinen verbunden und betreiben selber in diesen Gebieten zahlreiche Militärstützpunkte für ihre Marine.
Welches Potenzial der Einflussnahme die mit der Neuen Seidenstraße verbundenen Investitionen haben, zeigt exemplarisch die neue Kompromissbereitschaft der philippinischen Regierung unter Rodrigo Duterte.

Nachdem dieser bei einem Staatsbesuch von Xi Jingping Zusagen für mehrere milliardenschwere Projekte in seinem Land erhalten hatte (darunter ein neuer, hypermoderner Stadtteil für die Hauptstadt Manila auf einer künstlichen Halbinsel), verzichtete sein Land auf die ihm von einem Schiedsgericht in Den Haag zugesprochenen alleinigen Ansprüche auf zwei Gebiete im Südchinesischen Meer, und will die dort vermuteten Bodenschätze nun gemeinsam mit China erschließen.

Welche Konsequenzen hat diese Expansion für Europa?

Es ist unbezweifelbar ein gutes Zeichen für den Freihandel und gegen den aufkeimenden Protektionismus, wenn Güterzüge eine Direktverbindung nutzen können die die ostchinesische Stadt Yiwu mit Madrid verbindet.
Es ist auch unbezweifelbar im Sinne einer liberalen und offenen Welt, wenn die Länder dieser Erde, ins besonders im europäischen und der asiatischen Raum, wirtschaftlich zusammenwachsen. Gemeinsame wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen verhindern nicht nur Kriege, sondern ermöglichen auch gesellschaftlichen Fortschritt in unfassbar vielen Bereichen.
Allerdings nur unter der Prämisse, dass dieses Zusammenwachsen partnerschaftlich und zum Vorteil aller erfolgt.
Um abschätzen zu können welches Interesse China überhaupt an einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den mit der Neuen Seidenstraße verbundenen Länder hat, könnte eine Anekdote aus Afrika helfen. Im Jahr 2012 schenkte China der Afrikanischen Union für 200 Millionen Dollar einen neuen Hauptsitz, sechs Jahre später stellten Techniker angeblich fest, dass das interne IT-System regelmäßig interne Daten nach Shanghai sendete. Beide Seiten bestritten diese Vorkommnisse zwar nachdem internationale Medien sie veröffentlichten, allerdings ist das einerseits bei so einer diplomatischen Blamage nicht sehr verwunderlich und andererseits entspricht ein solches Vorgehen durchaus der chinesischen Praxis, bei Investitionen stets das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden.
Europa ist sich so nicht mehr nur der Gefahr von abfließendem Knowhow und geistigem Eigentum bei aufgezwungenen Joint Ventures in China oder aber Übernahmen europäischer Unternehmen ausgesetzt, mit den OBOR Projekten kann sich China auch direkt den Zugang zu kritischer Infrastruktur erkaufen.

Diese Problematik betrifft vor allem süd-osteuropäische Staaten in die China stark investiert hat und die dafür zum Teil auch hohe Kredite aufgenommen haben.
Man sollte aber angesichts dieser vielen Probleme und den noch zahlreicheren Kritikpunkten an der chinesischen Wirtschaftspolitik nicht gleich den Abgesang auf die westliche Führungsrolle in der Welt anstimmen, denn die Neue Seidenstraße ist eine große Chance für viele europäische, vor allem wirtschaftlich schwächere, Länder. Sie wird sich höchst wahrscheinlich positiv auf die Konjunktur in Europa auswirken und uns stärker mit China verbinden, auch angesichts eines Handelskrieges Chinas mit den USA wird sich dieser Trend nicht vollkommen aufhalten lassen. Es ist zudem auch sehr unwahrscheinlich das sich Europa von China abhängig macht oder die multilateralen Beziehungen zu den USA für Europa stärker an Bedeutung verlieren.

Der richtige Umgang mit OBOR

Um zu verhindern das China seinen wirtschaftlichen Einfluss mit OBOR im asiatischen Raum vollends zementiert und ihn bis nach Europa ausbreitet, ist das beste Mittel ein eigenes Infrastrukturprojekt. Wenn man sieht welche Risiken (vor allem die einseitige Verschuldung gegenüber China) und Kompromisse (vgl. Philippinen, aber auch z.B. der Umstand das Sri Lanka einen neuen, für das Land sehr wichtigen Hafen für 99 Jahre einer chinesischen Betreibergesellschaft überlassen hat) viele Länder eingehen um ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, kann man das Bedürfnis nach einem solchen Projekt schlecht beiseiteschieben.
Diese Erkenntnis ist in der internationalen,
aber auch in der Bundespolitik schon angekommen, so ist eine „europäische Antwort auf die Seidenstraßen-Initiative Chinas“ (Koalitionsvertrag 19. Legislaturperiode, S. 151, Z. 7141-7150) im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgehalten.

Angedachte Projekte sind bis jetzt allerdings noch nicht (zumindest in keinem nennenswerten Rahmen) angelaufen, dem gegenüber sind einige Großprojekte der Neuen Seidenstraße schon abgeschlossen und wiederum andere befinden sich in ihrer finalen Phase. Es braucht eine zügige und entschlossene Reaktion, die nicht nur blind Finanzmittel zur Verfügung stellt, sondern die Projekte der Neuen Seidenstraße sinnvoll ergänzt, China so seinen alleinigen Zugriff nimmt, so seine Druckmittel auf schwächere Staaten abmildert und auch für die europäische Wirtschaft vorteilhaft ist. Ob die Bundesregierung allerdings in naher Zukunft entsprechend Initiative zeigen wird und in der EU einen Gegenentwurf auf den Weg bringt, ist zumindest fraglich.

In der öffentlichen Debatte wird China zunehmend mit Bewunderung betrachtet, ausgelöst durch in Rekordzeiten verwirklichte Infrastrukturprojekte; die Fortschritte bei erneuerbaren Energien oder E-Autos oder die sehr fortgeschrittene Digitalisierung in Verbindung mit künstlicher Intelligenz.
Man muss China aber als das sehen was es ist, eine kommunistische Diktatur mit starkem Expansionsdrang und nicht die Hoffnung auf eine freie und bessere Welt.
Mit der Neuen Seidenstraße legt China das Fundament für eine Weltpolitik, die immer weniger von den Idealen eines liberalen und fairen Welthandels getragen wird, sondern in der ein kommunistisches Zentralkomitee die Geschicke der Welt auf Jahre im voraus planen will. Dem muss Europa entgegentreten.

Philipp Schmitz (21) studiert Rechtswissenschaften an der Universität Göttingen und ist Mitglied der JuLis im Bezirksverband Düsseldorf. Erreichen könnt ihr ihn unter philipp.schmitz@gojil.eu.

Schwächen und Chancen eines Generationenvertrags im Sozialstaat

Ida Pennekamp (19) ist Mitglied der Jungen Liberalen in Arnsberg. Erreichen könnt ihr sie unter ida.pennekamp@yahoo.com.

8

Die Theorie des Generationenvertrags besagt, dass es die Aufgabe des Staates ist, das Prinzip der Nachhaltigkeit zu bewahren, und den Schutz künftiger Generationen zu gewährleisten. Besonders letzteres ist notwendig, um die Freiheitsrechte der jungen Generationen zu sichern. Ebenfalls im Vertrag inbegriffen ist die Pflicht, für die Generation mittleren Alters zu sparen, die unmittelbar in die Bildung der zukünftig Erwerbstätigen investiert.

In der Realität steht das sozialstaatliche Solidaritätsmodell vor einer großen Herausforderung. Der demographische Wandel gefährdet die Finanzierbarkeit. Dadurch, dass die Alterspyramide sich zunehmend verschiebt und es mehr Transfergeldempfänger als Beitragszahler geben könnte, liegt der Politikfokus zunehmend auf der älteren Generation.

Die Öffentlichkeit erwartet, dass der Staat die Kosten für die Altersversorgung, sowie die Bildungsfinanzierung trägt. Der kollektive generationsübergreifende Transfer dient hierbei als Instrument, um Sozialleistung gerecht zu verteilen, doch bleiben junge Leute in vielen Bereichen auf der Strecke.

Viele Arbeitsmarktregularien verringern den Anreiz teuer aber nicht ausreichend ausgebildete junge Leute einzusetzen.

Auch auf dem Immobilienmarkt haben es junge Interessenten schwer. Da vielen jungen Käufern, finanziell die Hände gebunden sind, ist es für sie quasi unmöglich die Sprossen der Eigentumsleiter zu besteigen und werden speziell im städtischen Raum von zunehmend steigenden Preisen abgeschreckt.

Die Finanzierung der Rentenansprüche der jüngeren Generation ist gefährdet, da demografische Prognosen voraussagen, dass es weniger Verdiener geben wird, die in das System einzahlen werden.

Dies wirft die Frage auf, wie die Sozialversicherungssysteme in Zukunft getragen werden sollen.

Des Weiteren sind die Renten gestiegen, obwohl der Anstieg der Lebenshaltungskosten gering ist. Der demografische Wandel hat auch Auswirkungen auf die sozialisierten Krankenversicherungssysteme, deren Kostenstruktur zunehmend von der immer teurer werdenden Versorgung älterer Menschen dominiert wird.

Dieses fortschreitende Problem wird überproportional die reichen europäischen Länder betreffen,

welche mit großer Wahrscheinlichkeit eine Abwandlung qualifizierter junger Menschen verzeichnen müssen. Die junge Generation wird außerdem zukünftig mit weiteren Herausforderungen konfrontiert werden, wie z.B. Umweltschäden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Europa vor extremen Entscheidungen steht, welche darüber bestimmen werden, wo die Verantwortung für das Etablieren und Realisieren eines förderlichen und gerechten sozialen Vertrags liegt. Es erweist sich als notwendig den Generationenvertrag zu europäisieren und ihn nicht nur von Staaten mit schwachen Leistungen und gescheiterten Politikmaßnahmen bestimmen zu lassen, sondern von erfolgreichen ökonomischen Modellen, denn letzten Endes ist der Generationenvertrag vornehmlich ein Finanzvertrag. Ein erster Schritt zur Gewährleistung der Finanzierbarkeit, wäre es mehr Frauen und Zuwanderer sowie junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.

LaKo 90 in Kamen

Der 90. Landeskongress der Jungen Liberalen NRW stand unter dem Motto „Generationengerechtigkeit“. Bevor wir uns allerdings in die inhaltliche Beratung stürzen konnten, standen personelle Entscheidungen und ein Umbruch an. Dabei spielte auch das Wort „Generation“ eine Rolle. Nach fünf Jahren an der Spitze des Verbandes hatte sich Moritz entschieden, nicht erneut anzutreten. Er hat die JuLi-Generation der APO führen und prägen dürfen und vertritt seit einem Jahr nun unseren Verband im nordrhein-westfälischen Landtag. Nachdem wir Moritz verabschiedet und einen neuen Landesvorstand gewählt hatten, kamen wir am Samstagnachmittag zur Antragsberatung. Zuvor bestimmten die Delegierten mit Hilfe des Alex-Müllers-Verfahren noch die Beratungsreihenfolge. Der Leitrantrag des Landesvorstands „An die Zukunft gedacht – Update für eine generationengerechte Politik!“, der sich mit dem Motto des Kongresses auseinandersetzt, sollte demnach zuerst beraten werden.

Photocredits: Julian Schäpertöns (JuLis NRW)

Jens und ich haben den Leitantrag als ehemaliges Programmatik-Team geschrieben und im gesamten Prozess versucht, den Leitantrag möglichst partizipativ zu gestalten. In einer ersten Umfrage konntet ihr das Thema bestimmen und in einer weiteren Umfrage Schwerpunkte, Inhalte und Positionen einbringen. So gliedert sich der Antrag inhaltlich in drei Themenschwerpunkte, die eine generationengerechte Politik beschreiben: eine schuldenfreie Haushalts-, eine nachhaltige Umwelt- und eine enkelfitte Rentenpolitik.

Generationengerechtigkeit

Als Liberale wollen wir, dass sich jeder Einzelne frei entfalten und seine Lebensziele durch eigene Tatkraft erreichen kann. Wir wehren uns gegen einen Staat, der für Gleichheit sorgen möchte, und wollen durch rationale Setzung von Rahmenbedingungen Chancen- und Leistungsgerechtigkeit schaffen. Aus diesem Grund ist die Idee der Generationengerechtigkeit auch ein ganz zentrales Merkmal und Ziel liberaler Politik. Wir wollen, dass Generationen in Zukunft selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Die Freiheit der heutigen Generationen ist durch die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen begrenzt.

Schulden, die wir heute machen, zahlen und schränken künftige Generationen in ihrem Handlungsspielraum ein. Deswegen wollen wir, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW konsequent Schulden vermeidet und abbaut. Der schuldenfreie Haushalt der NRW-Koalition ist dabei schon ein erster großer Erfolg. Dennoch dürfen dabei Investitionen in die Zukunft nicht fehlen. Um diese zwei potentiellen Gegensätze zu vereinen, plädieren wir für einen schlanken und effektiven Staat, der sich auf seine Hauptaufgaben konzentriert und stets mit größter Ausgabendisziplin handelt. Konkret schlagen wir deshalb vor, dass Subventionen im Landeshaushalt konsequent gekürzt – und da, wo möglich - gestrichen werden sollen. Außerhalb der Kernaufgaben fordern wir weitgehende Veräußerungen der Beteiligungen des Landes NRW. Übrigens hat die Landesregierung rund zwei Wochen nach unserem Kongress angekündigt, die Spielbanken zu privatisieren – so wie wir es im Antrag beschlossen haben. Intensiv haben wir u.a. über die Verbeamtung von Lehrkräften diskutiert. Unser Verband hat seine Meinung dabei gefestigt, wonach außerhalb von Polizei und Justiz, Berufsfeuerwehr, der höheren Verwaltung sowie der Finanzverwaltung keine Verbeamtungen vorgenommen werden sollen.

Um generell der Neuverschuldung in NRW entgegenzutreten, fordern wir die flächendeckende Einführung kommunaler Schuldenbremsen sowie einer Schuldenbremse in die Landesverfassung.

Umwelt

Es ist kein Geheimnis, dass unsere Beschlusslage auf diesem Gebiet traditionell dünn ist. Dieser Zustand hat sich mit dem Antrag jedoch verändert. Wir haben deutlich gemacht, dass sich für uns Ökonomie und Ökologie nicht gegenseitig ausschließen und wir Liberale auch eine Verantwortung für unsere Umwelt tragen. Deswegen unterstützen wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens. Diese Ziele wollen wir mit marktwirtschaftlichen Mechanismen erreichen: mit dem europäischen Emissionshandel, den wir weiter optimieren und ausbauen wollen. Neben weiteren Beschlüssen zum Klima- und Umweltschutz haben wir uns gezielt mit den Themen Energie und Verkehr auseinandergesetzt. So sehen wir im verfrühten Atomausstieg einen Fehler und fordern deshalb eine bedarfsgerechte Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke, um die Wirtschaft und das Stromnetz zu entlasten. Außerdem wünschen wir uns auch im Energiesektor mehr Marktwirtschaft. Wir wollen die EEG-Umlage und die bisherige Subvention von Erneuerbaren Energien abschaffen. Stattdessen braucht es dringende Investitionen in den Netzausbau, in Speichertechnologien und in die Energieforschung.
Im Verkehrsbereich fordern wir, dass der ÖPNV attraktiver werden muss. Alleine in NRW würde das durch mehr Transparenz und eine Vereinheitlichung der Tarife zwischen den unterschiedlichen Verkehrsverbünden gelingen können. Einen „kostenlosen“ ÖPNV lehnen wir dagegen ab – genauso wie Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Stattdessen wollen wir den Emissionszertifikatehandel auf den Verkehr ausweiten und dafür die KFZ- und Mineralölsteuer abschaffen. Das würde dem Verursacherprinzip viel gerechter werden.

Rente

Bei der Rente setzen wir auf eine freiwillige private Altersvorsorge, die durch Deregulierung und Bürokratieabbau erleichtert werden soll. Darüber hinaus setzen wir uns für ein flexibles Renteneintrittsalter und Transparenz ein: Ein digitales Vorsorgekonto soll bisherige Rentenansprüche aufzeigen.
Anders als die Große Koalition wollen wir nun endlich aber auch eine große Rentenreform. Wir sind für den Ausstieg aus dem umlagefinanzierten System der staatlichen Altersvorsorge und wollen stattdessen die Säulen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge stärken. Dies wollen wir u.a. durch eine gesetzliche Pflicht zur privaten Vorsorge erreichen.

Alexander Steffen (25) ist seit dem vergangenen Landeskongress der stellvertretende Landesvorsitzende für Programmatik. Erreichen könnt ihr ihn unter alexander.steffen@julis-nrw.de.

Danke

Und das war noch längst nicht alles, sondern nur eine kurze Zusammenfassung unseres Leitantrags. Ich bedanke mich auch im Namen von Jens für die vielen guten Hinweise, Tipps und starken Debatten im Vorfeld und auf dem Kongress. Wir haben einen richtig guten Leitantrag beschlossen, der das Profil unseres Verbandes in vielen Fragen weiter geschärft hat. Außerdem sind insbesondere die ersten beiden Blöcke strategisch sehr wichtig. Die Positionen zur Haushaltspolitik in NRW geben uns einen klaren Auftrag mit konkreten Forderungen gegenüber der FDP. Der Umweltteil gibt uns außerdem eine wichtige Leitlinie für zukünftige Abstimmungen und Positionierungen im Bundesverband.

Organspende

Es wurden noch viele weitere gute Anträge eingereicht, aber leider konnten wir aus zeitlichen Gründen nur noch einen Antrag, nämlich den zur Organspende, beraten. Nach einer intensiven, ethischen und starken Debatte hat sich unser Verband für die Mandated Choice-Lösung ausgesprochen. Wir sind uns der Problematik bewusst und wollen mehr Organspender. Allerdings wollen wir Organspender, die ihre Bereitschaft im Vorhinein geäußert haben. So sollen sich alle Bürger bei jeder Beantragung eines Personalausweises oder Reisepasses nach Vollendung des sechszehnten Lebensjahres bezüglich ihrer Bereitschaft zur Organspende klar äußern – idealerweise über eine Onlineplattform. Außerdem wollen wir das Informationsangebot und die Transplantationskoordination deutlich ausbauen. Übrigens konnten wir diesen Antrag eine Woche später beim Bundeskongress durch eine Vielzahl von Änderungsanträgen dann auch zur Bundesbeschlusslage machen.

PRESSEPINNWAND

Podiumsdiskussion mit Schweizer Gästen

Anfang Mai veranstalteten die JuLis Bonn eine Podiumsdiskussion unter der Leitfrage "Mehr direkte Demokratie wagen?". Zu diesem Zweck waren zwei Mitglieder der Jungfreisinnigen extra aus der Schweiz angereist: Alain Schwald aus Zürich und Nicolas A. Rimoldi aus Luzern schwärmten geradezu von der direkten Demokratie in ihrem Land. Alle paar Monate dürfen sie über etwas abstimmen, die Hürden für Volksentscheide liegen dort niedriger als hierzulande. "Wenn mir ein Gesetz überhaupt nicht passt", so Rimoldi, "kann ich Unterschriften sammeln, eine Volksabstimmung auslösen und habe so die Möglichkeit, die Regierung schon während ihrer Amtszeit abzustrafen." Als aktuelles Beispiel diente die No-Billag-Initiative zur Abschaffung der Rundfunkgebühren, in welcher sie sich aktiv beteiligt hatten.

In Deutschland seien Volksentscheide auf Bundesebene zumindest nicht mehr ganz so unrealistisch wie noch vor einigen Jahrzehnten, so Thorsten Sterk vom Verein "Mehr Demokratie e.V.". Alexander Steffen, stellvertretender Landesvorsitzender der JuLis NRW, sah das Ganze etwas kritischer. Für ihn ist direkte Demokratie ein sinnvolles Element im kommunalen Bereich mit Schwachstellen auf höheren Ebenen. Eines der Hauptprobleme sei, dass die meisten Menschen eher emotional aus dem Bauch heraus statt rational und abwägend entscheiden würden.

Das Publikum bestand erfreulicherweise nicht nur aus JuLis, auch einige ältere Damen und Herren zeigten reges Interesse am Thema.

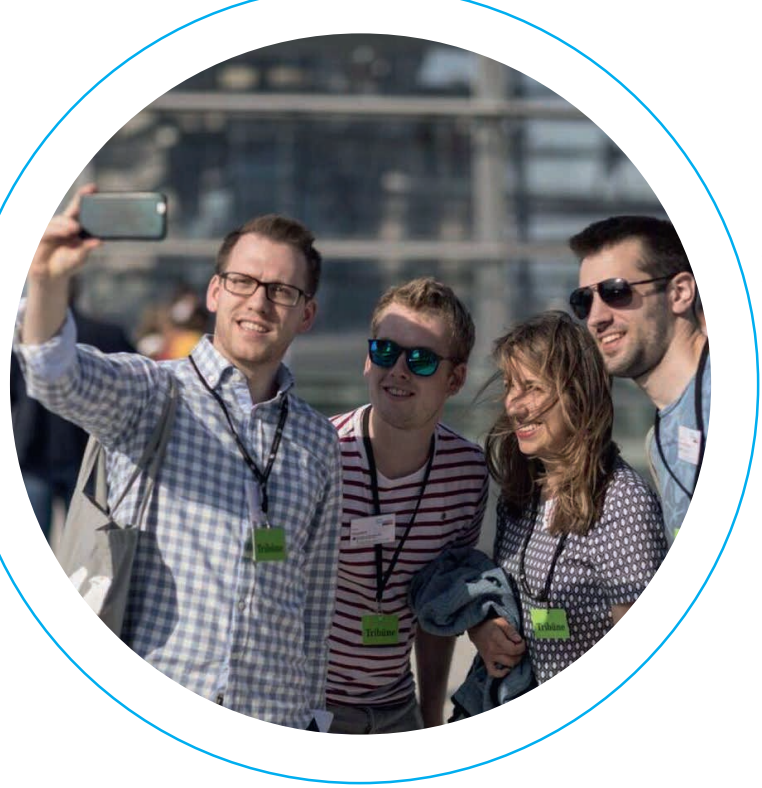
Nach dem Aufbau kommt der Aufbruch

Jungliberale wählen neuen Vorstand – Henning Schütz als Vorsitzender bestätigt

Der neue und alte Vorsitzende der Jungliberalen im Kreis Olpe heißt Henning Schütz. Der 21-jährige Student wurde am vergangenen Samstag im Rahmen des Kreiskongresses der „Jungen Liberale“ mit einem 100-Prozent-Ergebnis erneut zum Chef des FDP-Nachwuchses gewählt. Als seine Stellvertreter wurden der 19-jährige Tim Bayer und der 14-jährige Claudius N. Rosenthal gewählt, die beide neu im Vorstand sind und sich nach eigener Aussage „für die liberale Sache einsetzen wollen“. Als Schatzmeister bestätigte die Versammlung den 22 Jahre alten Studenten Andre Sömer in seinem Amt.Mit den Wahlen unterstrichen die Jungliberalen zugleich, was ihr Vorsitzender Henning Schütz vor seiner Wahl angekündigt hatte: „Nach dem Jahr des Aufbaus folgt nun das Jahr des Aufbruchs.“ Die Jugendorganisation der FDP habe sich in den vergangenen Monaten neu aufstellen können. Und nun gehe es darum, auch programmatisch Akzente zu setzen. So wolle man sich in den kommenden Monaten mit den FDP-Kommunalpolitikern zu unterschiedlichen Themen besprechen. Denn: „Wenn wir die Nachwuchsorganisation auch für die Politik vor Ort sind – dann müssen wir auch wissen, was die Altvorderen hier bei uns im Kreis Olpe wollen. Und wir müssen uns selber damit auseinandersetzen“, so der JuLi-Vorsitzende Schütz. Personell halten sich die jugendlichen Freidemokraten dafür gut aufgestellt: „Mit dem neuen Vorstand decken wir die unterschiedlichsten Bereiche von Gesellschaft ab: Bei uns sind Studenten ebenso dabei wie Auszubildende, angehende Lehrer ebenso wie Erzieher, Vertriebssachbearbeiter ebenso wie Projektingenieure“, gibt Schütz sich zuversichtlich. Und er ist sich auch sicher: „Da mag zwar immer von Politikverdrossenheit die Rede sein. Doch ich bin sicher: Junge Menschen lassen sich durchaus für Politik begeistern.

Und auch dazu wollen wir beitragen.“

Für die Versammlung im Kolpinghaus war es deshalb auch keine Frage, den 14-jährigen Jasper Ehrengruber (14), den 24-jährigen Frederik Drüeke und den 28-jährigen Jonas Albäumer als Beisitzer in den Vorstand zu wählen. Alle drei machten in ihren Bewerbungsreden deutlich, dass sie dazu beitragen wollen, freiheitlichen Ideen auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Gremien Gehör zu verschaffen.



Am Puls der Politik unterwegs - JuLis Münster in Berlin Besuch

Mitte Mai folgten wir, eine Gruppe der JuLis Münster, der Einladung von MdB Karl-Heinz Busen in die Hauptstadt. Dort wartete ein reichhaltiges, viertägiges Programm, welches eigens für die rund 50 liberalen Gäste aus dem Münsterland zusammengestellt worden war. Los gings am 8.11., Dienstagmorgen um 8.45 Uhr. Gemeinsam stiegen wir in Münster in die Bahn, um uns nur wenige Stunden später bereits in der Hauptstadt wieder zu finden. Vor Ort angekommen galt es dann keine Zeit zu verlieren. Denn was befand sich natürlich ganz oben in unseren Rucksäcken? Sportsachen für eine dynamische Erkundungstour entlang der Spree. Nach dem sportlich-geselligen Auftakt ging es am Mittwoch im Herzen des politischen Zentrums weiter.

Den Vormittag verbrachten wir etwa beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, bei dem man uns interessante Einblicke in aktuelle Fragestellungen und Herausforderungen gewährte. Von Lebensmittelampel, über Bienensterben und Glyphosat – hier wurden diverse wichtige Themen diskutiert.

Nachmittags empfing uns dann der Gastgeber persönlich zur Diskussionsrunde im Bundestag. Zum Besuch dort gehörten auch ein anschaulicher Vortrag im Plenarsaal, für den das Bundespresseamt sorgte, sowie der Aufstieg in die berühmte Kuppel des Gebäudes. Gegen Abend wurde der eindrucksvolle Tag bei strahlendem Sonnenschein mit einer Bootstour auf der Spree abgerundet. Der Donnerstag stand dann ganz im Zeichen der Kultur. Kundig wurden wir durch die verschiedenen Kieze Berlins geführt und mit Ausschnitten der Stadtgeschichte vertraut gemacht. Lohnenswert war auch der Besuch einer Ausstellung zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie im Deutschen Dom. Das Alliierten-Museum stand an diesem Tag ebenfalls auf dem Programm.

Das Beste kommt zum Schluss? Könnte man meinen, wenn das Programm bis dahin nicht schon so viele Highlights geboten hätte. Ein weiteres wartete allerdings wirklich am Freitagmorgen, als ein Besuch des ZDF-Hauptstadtstudios winkte und wir das berühmte Morgenmagazin aus nächster Nähe verfolgen durften. Insgesamt fantastische Tage, an die man immer wieder mit Freude zurück denken kann. Herzlichen Dank an Karl-Heinz Busen und sein wunderbares Team für den freundlichen Empfang. Auf Wiedersehen

Europapolitik auf einem Bierdeckel –

Beret Roots bringt beim Tanz in den Mai Bürgern Europa näher

Beim diesjährigen Tanz in den Mai im Café Jedermann haben die JuLis Kreis Wesel mit ihrer Spitzenkandidatin zur Europawahl, Beret Roots, von 19:30 bis 21:00 Gästen angeboten, Europa auf einem Bierdeckel zu erklären. Interessierte Bürger und liberale Gäste konnten ihre Frage zur Europapolitik auf einen Bierdeckel schreiben und bekamen von Beret Roots im Dialog eine Antwort auf der Rückseite. „Ich möchte Europa verständlicher für die Menschen machen und wissen, was den Menschen von Ort auf dem Herzen liegt.“, so die 32-jährige Diplom-Psychologin. Roots vertritt die FDP auf Europaebene in den Gremien der ALDE-Party (Alliance for Liberals and Democrats of Europe) und kandidierte bereits 2014 für die Europawahl.

Vor Kurzem erst war sie für den Rat der ALDE in Sofia, Bulgarien, wo sie an einem Wochenende unter anderem über den Programmprozess für ein Europawahl-Manifest beraten wurde. Für die Abstimmung über das Europaprogramm im Herbst in Madrid steht sie daher auch jederzeit als Ansprechpartnerin bereit. Die FDP Moers lud traditionell zum Tanz in den Mai im Café Jedermann ein und wie jedes Jahr unterstützten die JuLis die Veranstaltung auf dem Bierwagen. „Ich freue mich ganz besonders, dass wir mit Beret eine so großartige und engagierte Europa-Kandidatin nominiert haben, die von ganzem Herzen Europäerin ist und es sicherlich auch noch lohnenswerter machte, am Montagabend vorbeizuschauen!“, betonte der Moerser JuLi-Vorsitzende Henrik Stachowicz.

JuLis Moers:
Senkung der Grundsteuer dringend erforderlich

Die Jungen Liberalen (JuLis) Moers fordern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Grundsteuer in Moers drastisch zu senken. Die Grundsteuer sei viel zu hoch, das liege jedoch nicht an der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer, die seit 1964 gelte, sondern besonderes an dem in Moers besonders hohen Hebesatz, der zuletzt im Jahr 2015 von 490 auf 740 Punkte gestiegen sei, so Henrik Stachowicz, Moerser JuLi-Vorsitzender.

Der Kreisvorsitzende und Moerser Bürger, Constantin Borges betont: „Es kann nicht sein, dass unsere Stadt den 19. höchsten Grundsteuerhebesatz in ganz NRW hat, das macht unsere Stadt unattraktiv, besonders bei jungen Familien."

Die JuLis Moers fordern jedoch nicht die Mindereinnahmen, die bei einer Senkung der Grundsteuer anfielen, über weitere Kreditaufnahmen zu kompensieren, sondern weniger Geld durch kreative Sparmaßnahmen auszugeben. „Wir stehen für generationengerechte Politik ein, die Schulden müssen irgendwann zurückgezahlt werden", so Stachowicz.

Als Vorschlag die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, fordern die Moerser JuLis die Grundsteuer jedes Jahr um 20 Prozentpunkte zu reduzieren, um auch Bürgern aus der Umgebung Anreize zu geben, nach Moers zu ziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen die Moerser JuLis dieses Thema an die Moerser FDP-Fraktion und Partei tragen und so konkrete Anträge im Rat stellen.

Laut Constantin Borges, der auch Mitglied des JuLi-Landesvorstands ist, gäbe es keinen besseren Zeitpunkt als schon dieses Jahr die Grundsteuer wieder zu senken, denn die Haushaltslage sei gut, die Steuern würden sprudeln. „Es ist an der Zeit den Bürgern, die schließlich für die gute Haushaltssituation verantwortlich sind, etwas zurückzugeben", so Helena Dünte, stellvertretende Vorsitzender der Jungen Liberalen Moers

JuLis Rhein-Sieg
wählen neuen Vorstand

Im Februar reaktivierten sich die Jungen Liberalen Rhein-Sieg bei ihrem Kreiskongress in Troisdorf-Spich. Zum neuen Vorsitzenden wurde Felix Keune aus Bad Honnef gewählt, der alle Jungendlichen dazu aufrief sich aktiv in die Politik einzubringen. Unmittelbar vor dem Kreisparteitag der FDP Rhein-Sieg setzten die JuLis mit ihrer Reaktivierung ein starkes Zeichen.

Auch vor Ort im Rhein-Sieg-Kreis wollen sich die JuLis künftig verstärkt engagieren. Unsere Räte sind schließlich keine Ältestenräte, so Keune mit Blick auf die nächste Kommunalwahl. Ein wichtiges Ziel sei es, dass die Interessen der jungen Generation mit Nachdruck deutlich gemacht würden.

In diesem Vorhaben wird Felix Keune künftig von seinen drei Stellvertretern David Dekorsi (Alfter), Larissa Saar (Meckenheim), Miriam Clemens (Alfter), dem Schatzmeister Bernhard Huth, der Schriftführerin Caroline Gerdharbing (Sankt Augustin), sowie Beisitzer Julian Kreutz (Bornheim), unterstützt.

Gute Wünsche zur Wahl und der künftigen Aufgaben überbrachten Jörn Freynick MdL und Nicole Westig MdB, die ebenfalls am Kreiskongress der Jungen Liberalen teilnahmen.

Erstmals weibliche Vorsitzende der JuLis Xanten/Sansbeck

Am Sonntag, den 18.03.2018 wurde in der Sonsbecker Gaststätte "Zur Linde" im Rahmen des alljährlichen Ortskongresses der neue Vorstand der Jungen Liberalen Xanten/Sonsbeck gewählt. Die Veranstaltung konnte auf Facebook live mit verfolgt werden und erreichte dort Zuschauerzahlen im dreistelligen Bereich. Der Livestream steht symbolisch für die Digitalisierung, welche die Jungen Liberalen bereits seit einiger Zeit fordern. Der bisherige Vorsitzende Torsten Sarodnick wurde durch die neue Vorsitzende Jacqueline Ophey abgelöst. So übernimmt erstmals eine Frau das Ruder der ortsansässigen JuLis. Der ehemalige Vorsitzende kommt nun seiner Arbeit als Stellvertreter nach. Das gleiche gilt für Patrick Heinich, der im Raum Xanten und Umgebung tätig ist und Benedikt Niewerth, welcher die Programmatik weiterhin übernimmt. Der Schatzmeister bleibt nach wie vor Andreas Schneider, nicht zuletzt auch wegen seiner erfolgreichen Arbeit auf Orts- sowie Kreisebene. Es wurden drei Beisitzer bestimmt: Yannik Meisel, Domenic Hartmann und Moritz Klug.

Sorge um afrikanische Schweinepest -

Weseler Junge Liberale fordern mehr Freiheit für Jäger

Auch im Hinblick auf die Bedrohung durch die sich ausbreitende afrikanische Schweinepest machen die Jungen Liberalen aus dem Kreis Wesel Jägerautonomie zu ihrer Beschlusslage, die sie auf dem am 21. April stattfindenden Landeskongress in Kamen auf Landesebene sowie vereinzelt in der Kreistagsfraktion ihrer Mutterpartei durchsetzen wollen.

Konkret geht es dabei um die Bejagung und Kirrung vor Schwarzwild, deren Vorschriften gelockert werden sollen, sowie das zur Verfügung Stellen von ausbreitungshemmenden Desinfektionswannen und Desinfektionsmitteln. Außerdem sollen Jäger in Zukunft selbst entscheiden dürfen, wo und wann sie jagen und welche Fütterungsmittel sie verwenden.

„Es kann nicht sein, dass Kastanien nicht zur Kirrung bereitgestellt werden dürfen, wenn sie ohnehin im Wald auf dem Boden liegen und der Jäger sie nur von Ort A nach Ort B tragen müsste", heißt es in der Stellungnahme des Kreisverbands. Notwendig sei außerdem das landesweite Verbot, Essensreste in Wäldern liegen zu lassen, um die Schwarzwild-Kirrung des Jägers nicht zu stören und das Risiko einer ASP-Ausbreitung so gering wie möglich zu halten.

„Auch wenn das Schwarzwild nicht der Hauptgrund für die Verbreitung der ASP ist, sollte man diesen Faktor ernst nehmen", so JuLi-Mitglied Max Beemelmans.

Neugründung der JuLis Leverkusen

Nach mehreren Jahren Stillstand, existiert in Leverkusen wieder eine liberale Jugendorganisation. Am 12. März erfolgte die Neugründung der JuLis im Dom Brauhaus in Leverkusen. Zu Gast war Lorenz Deutsch (MdL), der über verschiedene Projekte im Rahmen der Landesregierung berichtete. Als erste Vorsitzende wurde die Studentin Cornelia Besser gewählt, als Schatzmeister Nico Meisen. Um programmatische Themen kümmert sich als Stellvertreter Benjamin Horn. Ergänzt wird der Vorstand mit den Stellvertretern Lars Grünhoff (Organisation) und Sascha Groß (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).

Außerdem freuten sich die JuLis Leverkusen über die Grußworte von Elisa Färber (Bonn), Chantal Schalla (Köln), Marc Bauer (LHG Köln) und weitere Gäste. Ziele des neuen Kreisverbandes ist unter anderem die Mitgliedergewinnung und Jugendthemen in Leverkusen zu vertreten, wie die Digitalisierung der Kommune und die Verbesserung des Verkehrsnetzes.

Global Marijuana March in Duisburg
- Gebt das Hanf frei!

Wie schon in etlichen Städten zuvor, fand am 6.5.2018 der Global Marijuana March (GMM) in Duisburg statt, welcher die Legalisierung von Marihuana zum Ziel hat. Zahlreiche Menschen kamen am Nachmittag am Bahnhofsvorplatz zusammen, um für ihre Forderung einzustehen und für die Legalisierung zu demonstrieren. Die Demo endete am Dellplatz, an welchem die Demonstranten von Befürwortern der FDP, welche von den Jungen Liberalen unterstützt wurden, den Piraten und einigen Hanf-Aktivisten in Empfang genommen wurden.

Als Höhepunkt der Veranstltung galten die Reden des Oberhausener Bundesabgeordneten Niema Movassat von den Linken und der stellvertretenden FDP-Bundestagsvorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann, welche sich klar für die Entkriminalisierung von Cannabis aussprachen. Desweiteren klärte Hubert Wimber, ein ehemaliger Polizeipräsident aus Münster, über die Verschwendung an Personal durch Marihuana Strafrelikte auf.

,,Cannabis kontrolliert abgeben, Sicherheit erhöhen'', ist die deutliche Message von Frau Strack-Zimmermann, welche auch die FDP sowie die JuLis Duisburg so unterschreiben können. Die Julis fordern zudem den Stadtrat auf, Duisburg als Test Stadt für die kontrollierte Abgabe von Cannabis im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojektes zu nutzen und damit einen entscheidenden Schritt in Richtung Legalisierung zu machen. Damit würde Duisburg definitiv mehr geholfen als geschadet werden, da sich die Polizei dann besser um ,,richtige Straftäter'' kümmern könnte.

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren.
Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV